

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Drucker und Verleger: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Verlagspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verhandlungen, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten, aus den telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffahrtsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnelle Uebersmittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt in Deutschland auf allen Postanstalten vierteljährlich nur 1.50 Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatt auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermitteln.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 18. März.

Deutscher Reichstag.

64. Plenarsitzung vom 18. März, 12 Uhr.

In Erledigung eines schnelligen Antrages Werner wird zunächst die einstweilige Einstellung eines gegen den Abg. Hirschel wegen Verleumdung schwebenden Strafverfahrens beschlossen.

Sodann wird die Beratung der Militärstrafgerichtsordnung bei § 172 (vorläufige Festnahme von Militärpersonen) fortgesetzt. Die Debatte über Absatz 7 (Festnahme von Offizieren auf freier Fahrt) und die dazu gestellten Anträge war gestern abgebrochen worden.

Abg. Baffermann (ul.) erklärt zwar die Tendenz des von der Kommission beschlossenen Absatzes (Festnahme auch bei Vergehen, in soweit dieselben mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht sind) billigen zu können; aber es stehe dem doch das praktische Bedenken entgegen, daß es dem Publikum im gegebenen Falle noch schwieriger sein werde, zwischen einfachen und qualifizierten Vergehen zu unterscheiden, als zwischen Vergehen überhaupt und Verbrechen. Bei Annahme des Absatzes der Kommission würden also Konflikte zwischen Publikum und Offizieren sich erst recht einstellen und verschärfen. Erst recht unannehmbar sei der Antrag Mundel (die Festnahme von Offizieren bei Vergehen zuzulassen, in soweit es sich um ein nicht auf Antrag zu verfolgendes Vergehen handle). Deshalb und um angelegentlich der Erklärungen der Regierung nicht das ganze Gesetz zu gefährden, würden seine Freunde für Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage stimmen.

Abg. Bebel, für Streichung des ganzen Absatzes 3, gemäß dem Antrage Auer, führt gegen die gestrigen Hinweise auf Offiziersrechte und Königs-Mat aus: er erblicke darin nicht des Königs, sondern des Volkes Mat, denn das Volk bezahle die Unterhaltung des Heeres. Im Kriege hätten die Mannschaften ebenso ihre Pflicht zu thun wie die Offiziere. Der Offizier sei für ihn nicht mehr, als Jedermann. In der preussischen Verfassung stehe: alle Preussen seien vor dem Gesetze gleich, Ständesvorrechte finden nicht statt. Traurig genug, daß man da hier noch über so kleinliche Dinge streiten müsse, daß das deutsche Bürgerthum nicht den Muth habe, gegen die unerbittliche Annäherung jener Kreise auf das entscheidende Front zu machen. Wenn der Reichstag gegenüber den gestrigen Erklärungen des Kriegsministers keine andere Antwort habe, als daß er sich dem Verlangen derselben füge, so bedauere er den Reichstag. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister von Goltz bezeichnet zunächst die Vorgänge von 1848, auf deren auf dem Papier gestrichene Grundgesetze Vorreden hingewiesen hatte, als eins der traurigsten Ereignisse der Geschichte. (Lauter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Bebel habe wieder betritten, daß der Offizier eine besondere Ehre habe. Ein Streit darüber habe aber keinen Zweck. Jeder Stand müsse seine Ehre haben, so auch der Offizier, sonst leiste er nicht, was von ihm verlangt werde. Der Ausdruck Königs-Mat sei ein historischer. Welt der Könige derselben Mat trägt, sind wir stolz auf des Königs Mat. Wenn Herr Bebel mit seiner Armee Napoleon gegenüber gestanden hätte, würde er wohl nicht solche Siege errufen haben. (Heiterkeit.) Werner geht dann auf einige von Bebel berührte

Fälle in Berlin, Koblenz, Hannover ein, um sodann nochmals die Wiederherstellung des § 172 der Vorlage dringend zu empfehlen. Ihm sei nicht bekannt, daß bei einem Konflikt zwischen Offizieren und Publikum jemals ein Offizier geflohen sei oder seinen Namen verleugnet habe. Thue ein Offizier dies, dann sei sein Schicksal entschieden. Er wiederhole: er glaube nicht, daß die Regierung den Beschluß der Kommission annehmen könne. Im Interesse des Gedrucks auf die Armee und des Zusammenkommens des Gesetzes bitte er, die Vorlage wiederherzustellen.

Abg. Lenzmann, für den Antrag Mundel, legt dar, das Prinzip, daß der Offizier in des Königs Mat fahrlässig sei, habe ja die Regierung schon selber durchbrochen, indem sie die Festnahme bei einem Verbrechen zulasse. Eine solche Beschränkung sei aber nur irreführend, indem das Publikum nicht immer gleich so genau unterscheiden können werde, ob ein Verbrechen oder ein Vergehen vorliege. Das Reichsbevollmächtigte des Volkes verleihe es jedenfalls nicht, wenn dem Offizier eine solche Ausnahmestellung eingeräumt werde. Gefallen lassen könne man sich das nur, wenn es sich um Uebertrittenen, Vaganten, oder um Fälle handle, wo nur eine Verletzung privater Interessen, also ein Antragsvergehen vorliegt. Am besten wäre es, den Absatz 3 ganz zu streichen. Jedenfalls aber bitte er, den Antrag Mundel anzunehmen.

Nach kurzer Entgegnung des Kriegsministers will

Abg. v. Puttkamer-Plauth gegenüber Bebel, Lenzmann und Bebel für den Offizierstand ein öffentliches Zeugnis ablegen. Es habe bisher nicht als wohlwollend gegolten, wegen einzelner Vorkommnisse so über einen ganzen Stand zu urtheilen und daraufhin Gesetze zu machen. Der Offizierstand verdiene das höchste Lob. Nicht unüberwunden dürfe er Bebel's Aeußerung lassen, daß das preussische Junkerthum die Vorgänge 1848 verurtheilt habe. Die Schuld hieran treffe das ausländische Gefindel, welches damals das gute preussische Volk verführt habe. Nur das habe auch bewirkt, daß längst vom König geplante Reformen sich verzögert hätten. (Wiederholtes Gelächter links während dieser Ausführungen.)

Abg. Groeber (Ztr.) kann der Linken nicht darin zustimmen, wenn sie hier allerlei Fälle herangezogen habe, von denen man nicht einmal wisse, ob der § 172 wirklich auf sie zutrefte. Andererseits könne er auch nicht dem Kriegsminister zustimmen, wenn dieser gewissermaßen hier eine Vertrauensfrage stelle. Wir sollen dem Offizierstand vollste Achtung. Aber es kommt allerdings vor, daß ein Einzelner sich vergeht, und für solche Fälle müssen wir eben Vorrechte treffen. Die vorliegenden Anträge unterscheiden sich eigentlich nur quantitativ. Es handelt sich daher nur um die Abgrenzung, und diese ist nicht so einfach, wie alle die Antragsteller sie sich vorzustellen scheinen. Darüber, daß die Festnahme bei einem Verbrechen voll erfolgen dürfen, sind wir ja alle einig. Ob ein schwereres oder ein leichteres Vergehen, oder ob ein Vergehen überhaupt oder ein Verbrechen vorliegt, das ist nicht immer leicht zu unterscheiden. Wir selbst haben daher zuerst den Antrag gestellt, den jetzt Herr Mundel aufgenommen hat, nur die Antragsvergehen auszunehmen. Aber wir haben dieselben Gedanken wieder fallen lassen, weil gerade bei den hier so vielfach in Betracht kommenden Körperverletzungen nicht immer so leicht zu unterscheiden ist, ob sie schwer, oder ob sie leicht und daher nur auf Antrag zu verfolgen sind. Sie sehen also, meine Herren, alle Anträge haben praktische Schwierigkeiten, und da haben wir gemeint, die beste Mittelstraße sei doch wohl die, die Festnahme bei allen Vergehen zuzulassen, welche aus ehrlöcher Gesinnung hervorgerufen sind. Wir bitten Sie daher, an dem Vorschlage der Kommission festzuhalten.

Abg. Mundel vertritt zunächst seinen Antrag und fährt fort: Ich habe das Wort aber nur genommen, um zwei Aeußerungen des Ministers zu widersprechen. Derselbe sprach von des Königs Mat und reklamierte dabei den Träger der Krone für das Heer und natürlich in erster Linie für den Offizierstand. Es ist nicht gut gehen, mit dieser Ausdrucksweise den Monarchen für den Offizierstand zu reklamieren; es ist das nicht geeignet, die im Volke sich regende Meinung von der Ueberhebung des Offizierstandes zu widerlegen. Zweitens aber nannte der Minister den heutigen Tag eine traurige Erinnerung. Daß Herr von Puttkamer dies bekräftigte und die Herren rechts recht tiefen, hat mich nicht gewundert. Wir aber und mit uns große Mengen anderer in diesem Tage war ein Tag der Trauer, gedenken seiner aber zugleich mit einem Gefühl der Erhebung. Denn wir wissen, daß von diesem Tage datirt die konstitutionelle Ära Preussens. Und damit hängt auch zusammen die Gründung des deutschen Reichs. Ohne diese Aeußerung in der Geschichte Preussens hätten wir kein Reich und keinen Reichstag. Sie hätten keinen ungeheueren Tag finden können, diese Erinnerung zu schmähen, als den heutigen. Man jagt zwar, der Tag sei gemacht worden von Inden, Polen und Franzosen. Später hat man noch eine andere Zusammenstellung gefunden, in der auch die Postkrieger vorkamen. (Heiterkeit.) Diese Sage ist eine völlig irthümliche. Und wenn Sie (nach rechts) meinen, man hätte diese blutige Woche entbehren können, es wäre auch so gegangen, so steht doch fest: die Kämpfer damals haben getritten für eine große und gute Idee (Widerpruch rechts, Beifall links), auf jeden Fall getritten in gutem Glauben. Damals haben auch Sie dies anerkannt. Wir erblicken in dem 18. März einen Gedenktag für Preußen und das Reich, an den wir nur mit Erhebung zurückdenken können. (Beifall bei Beifall links.) Präsident v. Bülow will den Hinweis auf den 18. März nicht gerade entgegennehmen, bittet aber, sie in den weiteren Reden nicht zur Hauptsache werden zu lassen.

Abg. F. v. R. Neustettin (Antis.) legt Verwahrung dagegen ein, daß man alle Uebel dem Junkerthum zuschreibe. Dieses sei eine ehrenwerthe Gesellschaft. Man solle daher solches Schlagwort ebenso meiden, wie das von dem ausländischen Gefindel, welches er nur mit Unbehagen aus Puttkamer's Munde gehört habe. Zur Sache führt Redner sodann aus, daß bei aller Abhaltung vor dem Offizierstand doch das Beste sei, den Absatz 3 ganz zu streichen.

Abg. v. Langen (konf.) rüht die Ver-

dienste des Offizierstandes. Bezüglich 1848 gebe er zu, daß es bei jener Revolution sich um ganz andere Leute handelte, als um die verächtlichen und unverschämten Revolutionäre von heute. Jene damals seien von nationalen Ideen getragen gewesen. Ganz falsch sei es, daß jene unglücklichen Tage das deutsche Reich geschaffen hätten. Kaiser Wilhelm I., damals Prinz von Preußen, habe jedenfalls eine ganz andere Auffassung darüber gehabt.

Abg. Spahn tritt gleich Groeber für Absatz 3 in der Fassung der Kommission ein.

Abg. v. Stumm bezeichnet es als unerhörte Gefährdung, daß wir dem 18. März die Verfassung zu verdanken hätten. (Gelächter links.) Die Verfassung sei ein freies Geschenk des Königs gewesen, ebenso wie die Reichsverfassung ein freies Geschenk der Fürsten. Man wolle es ihm nicht Freunden nicht verübeln, wenn sie gegenüber der Revolution nur das Gefühl tiefer Scham empfänden. (Gelächter links.)

Abg. Bebel widerpricht mit wenigen Worten der Auffassung von dem „freien Geschenk der Fürsten“, verwarft die Linke dagegen, daß dieselbe den Offizierstand als solchen beabsichtige, und plaidirt sodann für den Antrag Mundel.

Abg. Bebel: Der Kriegsminister nennt den 18. März einen traurigen Tag in der Geschichte. Ohne diesen Tag hätten wir kein deutsches Reich. Das beste Denkmal der Märzrevolution ist dieser deutsche Reichstag. Den Herren da draußen soll das Wort von dem sogenannten „freien Geschenk der Fürsten“ noch nachgetragen werden. Es ist eine Infamie, in solcher Weise über jene Männer zu sprechen. (Widerstand rechts.) Bebel, denselben überhörend, fährt fort: Ja wohl, es ist eine Infamie. (Widerholter Tumult rechts, Präsident v. Bülow schaffte sich durch anhaltendes Ringeln Gehör, um den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung zu rufen.)

Bebel in heftiger Erregung fährt fort: Sie sagen Gefindel! Haben Sie nicht die Liste der Gefindeten gelesen? Kein einziger polnischer Name, kein Franzose, kein Fremder! Und da sprechen Sie von Gefindel? Prüfe! Die Männer von 1848 haben thun wollen, was Sie durch den Krieg 1870 gethan zu haben vorgeben! Wenn damals geschehen wäre, was jene Männer wollten, dann war der ganze Krieg 1870 unnöthig. (Präsident v. Bülow erinnert den Redner daran, zur Tagesordnung zu sprechen.) Ich nehme kein Wort zurück von dem, was ich gesagt habe. Was für Leute an der 1848er Erhebung theilhaftig gewesen sind, zeigt Ihnen ja der große Romantismus und Anarchismus und Organismus von Bauernaufständen, Neman anders, als der jetzige Minister von Miquel (wilde Ausrufe: Prüfe!). Ein großer Theil jener Männer sitzt jetzt auf den national-liberalen Bänken. Sie behaupten, die Verfassung wäre schon vor der Revolution zugeklagt worden. Wissen Sie nicht, daß im April 1847 der Beginn des Vereinigten Landtages der Könige gefagt hat: Zwischen mich und mein Volk soll kein Stiel Papier drängen. Und da sprechen Sie von freiwilliger Entschickung! Redner geht auf die Ereignisse vom 16.-18. März noch näher ein. Friedrich Wilhelm IV. habe sein Volk verrathen. (Wiederholter Tumult rechts, Präsident v. Bülow, sich mißfällig mit der Klingel-Glocke schaffend, ruft den Redner zur Ordnung.) Redner weist dann noch auf die vom Junkerthum verurtheilte Niederlage von 1806, wird vom Präsidenten v. Bülow darauf hingewiesen, daß auch das in seiner Weise zum § 172 gehöre. (Heiterkeit) und geht schließlich noch auf den Gegenstand der Tagesordnung mit einigen Worten ein.

Abg. v. Puttkamer: Der Ton des Vorredners benehmt, wie die Sozialdemokratie keine Reformpartei, sondern jeden Augenblick zur Revolution bereit ist. Es ist auch eine Fälschung, daß ich die, welche die Revolution gemacht haben, Gefindel genannt habe. Ich nannte ausländisches Gefindel nur die, welche unser braves Volk verführt haben. Redner bestreitet sodann nochmals, daß die 1848er Revolution Verbrechen um die Schaffung der deutschen Einheit gehabt habe.

Abg. Kropatschek führt aus, etwas Aehnliches an höherer Willkür, wie heute von Herrn Bebel, habe er noch niemals in diesem Hause erlebt. Die großen Tage von 66 und 70 verstanden wir unserer Armeen, und er wünsche, daß dieser ihre unerschütterliche Treue, die sie auch 1848 bewiesen habe, nicht abhandeln komme. (Beifall bei Beifall.)

Abg. Bebel erinnert in einer längeren Entgegnung an den Nationalverein, der ja auch auf dem Boden der Revolution gestanden habe. (Abg. v. Bennigsen meldet sich zum Wort. Große Heiterkeit.) Und wer hat denn 1866 die Fürsten von Gottes Gnaden weggejagt? mit ihnen ausgeräumt? Wenn das ein Fürst thun darf, dann darf das Volk das auch. (Rufe rechts: Oh!)

Abg. v. Bennigsen: Herr Bebel hat behauptet, meine und meiner Freunde nationale Thätigkeit basire wesentlich auf der Revolution und diese Revolution wollten wir verlegen. So liegen die Dinge nicht. Als 1848 in Paris der Zusammenbruch des Hauses Orleans erfolgte, ging dies wie ein Gewitter durch ganz Europa, und wenn man sagt, daß auch in Deutschland die Revolution ein Theil dieses Gewitters war, so ist das richtig. Aber wenn Sie gerade den 18. März in Berlin verheerlichen wollen, so kann ich nur sagen, daß an der damaligen Einparung aller Kräfte dieser Tag in Berlin nicht das geringste Verdienst hat. In dieser Hinsicht war viel wichtiger das Parlament in Frankfurt. Ursache der nachfolgenden Umwälzung war die ganze nationale Bewegung im Volke, aber nicht die kleinliche Episode des 18. März in Berlin. Redner weist dann auf die Bedeutung Kaiser Wilhelms I., dieser großen, die Rolle Karls des Großen spielenden Figur in der Geschichte für die Einigung Deutschlands hin. Ebenso auf das Verdienst Bismarcks ebendarum.

Nach einigen Bemerkungen v. Stumm's nimmt das Wort

Abg. v. Biebraman, um das Junkerthum zu vertheidigen und auf die Vertheidigung des Junkerthums an der Revolution von 1848 hinzuweisen. Redner macht dabei auch darauf aufmerksam, daß zur Feier des Tages auf dem Kaiser Reichthums (der aber noch nicht im Hause erschienen ist) ein Kranz mit rothen Blumen und großer rother Schiefer niedergelegt sei.

Abg. Bebel antwortet Bennigsen, der 18.

März sei doch nur für Deutschland gewesen, was der 24. Februar für Paris. Was wir jetzt errungen haben, ein deutsches Reich, sei und bleibe die Frucht des Jahres 1848. Ein Aufruf, der zu bewaffnetem Widerstand aufgefordert habe, trage die Unterthänigen Dammascher's und Miquel's und anderer Freunde Bennigsen's. Wollte dieser jetzt seine besten Freunde verlegen? Am allerwenigsten aber hätten die Konservativen Anlaß, sich jetzt dide zu thun. Gerade sie seien früher die größten Gegner der deutschen Einheit gewesen. Ihr deutsches Nationalgefühl von heute sei ein ganz außerordentlich junges.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. Mundel: Herr von Stumm empfindet Scham über den 18. März. Ich will ihn in diesem schönen, wohlthätigen und bei ihm so selten vorkommenden Gefühl nicht stören. (Stimmliche Heiterkeit.)

Abg. v. Stumm: Herr Mundel kennt wohl das Schamgefühl kaum.

Nach einer Reihe weiterer persönlicher Bemerkungen wird § 172, unter: Abhebung aller Anträge, in der Fassung der Kommission angenommen.

Die weiteren Paragraphen bis 231 werden sodann ebenfalls in der Fassung der Kommission angenommen.

Darauf verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, dritte Lesung der Dampferjubilations.

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 18. März. Zur gestrigen Feiertagsfeier bei dem Kaiser und der Kaiserin war Graf Goltz geladen. Am Nachmittag verweilte der Kaiser im Arbeitszimmer und empfing um 4 1/2 Uhr den Geheimsekretär Miquel. Zur Abendtafel war der aus Kioochan zurückgekehrte Premierlieutenant vom Seebataillon, Freiherr v. Steinaecker, geladen. Heute früh um 8 1/2 Uhr fuhr der Kaiser nach dem Tegel'schen Schloß, um daselbst einem Gesandtschaften einer kriegs-starken Kompagnie des Kaiser Alexander Garde Grenadier-Regiments Nr. 1 beizuwohnen.

Die Kaiserin Friedrich wird am Montag Vormittag 9 Uhr zum Besuch der Prinzessin Heinrich von Preußen nach Kitz abreisen.

Rußland.

Petersburg, 18. März. Ein im „Regierungsbote“ veröffentlichtes Kommuniqué der russischen Regierung besagt: In letzter Zeit sind aus Südkorea Nachrichten eingetroffen, welche auf die Entstehung einer politischen Bewegung in Korea, wie künftigen der Regierung, so auch im koreanischen Volke hinwiesen. Unter den Staatsmännern hat sich eine Partei gebildet, welche gegen die Ausländer überhaupt feindselig gesinnt ist und welche offen erklärt, Korea hat bereits den Weg zur Selbstständigkeit betreten, deswegen bedarf keine Regierung in Sachen der inneren Verwaltung seiner Hilfe vom Auslande mehr. Diese Umstände haben die Thätigkeit der auf die bringende Bitte des koreanischen Kaisers Ki und seiner Regierung nach Südkorea geschickten russischen Infanterie und Finanztruppe außerordentlich erschwert, welche allen der regelrechten gewissenhaften Ausführung der ihnen auferlegten Pflichten entgegengegesetzten Hindernissen begegneten. Eine solche Lage der Dinge konnte den guten Absichten Auslands nicht entsprechen. Angesichts dessen wurde unser Vertreter in Südkorea auf allerhöchsten Befehl beauftragt, sowohl den Kaiser persönlich, als auch seine Regierung zu befragen: Erkennen Sie unsere fernere Hilfe, wie: Beschickung des Palais, Infrastruktur in der Armee, den Rath in der Finanzverwaltung als notwendig? Auf diese Anfrage wurde dem russischen Gesandten in Südkorea geantwortet, daß die koreanische Regierung, indem sie dem Jaren ihren tiefgefühltesten Dank für die Korea rechtzeitig erwiesene Hilfe ausdrückt, finde, daß das Land jetzt schon ohne Unterstützung in militärischen und finanziellen Angelegenheiten ankommen könne und daß der Kaiser von Korea, um dem Jaren seinen besonderen Dank auszudrücken, um die Erlaubnis bitte, einen speziellen Gesandten nach Petersburg zu entsenden. Angesichts dieser Nachrichten beauftragte die kaiserliche Regierung ihren Vertreter in Südkorea, dem Kaiser Korea und seinen Ministern zu erklären, wenn ihrer Meinung nach Korea gegenwärtig keiner fremden Hilfe mehr bedürfe und fähig sei, aus eigener Kraft die Unabhängigkeit seiner inneren Verwaltung zu wahren, so werde Rußland nicht säumen, die Abwertung des russischen Finanzbeitrags anzuordnen. Was die russischen Militärpersonen betrifft, so würden dieselben nach dem Austritt aus der koreanischen Armee, angesichts der noch ungeklärten Lage der Dinge in Korea, zeitweilig zur Verfügung der russischen Mission bleiben. Nicht mehr durch die Verantwortlichkeit gebunden, welche die Anwesenheit russischer Infanterie und des Finanzbeitrags in diesem Lande für Rußland mit sich brachte, kann Rußland sich nunmehr jeder aktiven Theilnahme an den Angelegenheiten Korea in der Hoffnung enthalten, daß der Dank der Unterthänigen Rußlands für seine innere Ordnung sowie auch seine völlige Unabhängigkeit zu bewahren. Andernfalls wird die kaiserliche Regierung Maßregeln treffen zum Schutze der Interessen und Rechte Rußlands als einer Korea besuchbaren Großmacht.

Amerika.

Washington, 17. März. Der Flottenausdruck des Repräsentantenhauses genehmigte einstimmig die Vorlage, durch welche die Regierung zum Bau von 6 neuen Torpedobooten und 6 Torpedobootzerstörern ermächtigt wird.

Landwirthschaftskammer für Pommern.

* Stettin, 18. März.

Im großen Sitzungssaal des Landhauses begann heute Vormittag um 11 Uhr eine größere Tagung der Landwirthschaftskammer für die Provinz Pommern. Der Vorsitzende, Herr Graf

Schwerin-König eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er ausführte, daß die vor zwei Jahren unter ziemlich ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnissen zum ersten Male einberufene Kammer nunmehr vor einem für ihre Organisation bedeutsamen Beschluß stehe. Nachdem die beiden landwirthschaftlichen Zentralvereine sich aufgelöst haben, handle es sich für die Kammer darum, deren Rechte und Pflichten zu übernehmen. Die wirthschaftliche Lage begünstige Redner als schwierig und keineswegs befriedigend, doch sei in mancher Hinsicht eine Wendung zum Besseren bemerkbar. Die landwirthschaftlichen industriellen Betriebe befinden sich in einer relativ günstigen Lage. Die Wirkung des Margarinegesetzes sei noch nicht zu übersehen, die diesfalls gegebenen Befürchtungen wären jedoch hinfällig. Günstige Wirkungen habe das neue Vorrechtsgesetz zu verzeichnen, dieselben sind zu finden in einer wohlthätigen Degeneration des Getreidehandels, eine Neugestaltung des Notationswesens und endlich eine bedeutende Abnahme der Getreideeinfuhr. Durch die Verlegung des wirthschaftlichen Ausschusses sei zum Ausdruck gebracht, daß bei Regelung unserer Beziehungen zum Auslande der Schutz der produktiven Arbeit und insbesondere der Landwirthschaft künftig in höherem Maße als bisher zur Geltung gelangen werde. Redner schloß mit einem Hoch auf St. Majestät den Kaiser, in das die Verammlung freudig einstimmte.

Sodann theilte der Vorsitzende mit, daß den Verhandlungen die Herren Oberpräsident, Staatsminister v. Puttkamer, Regierungspräsident v. Sommerfeld, Oberpräsident von Vagen und der Vorsitzende der General-Kommission für Frankfurt a. O., Herr Regierungsrath Meß, beizuwohnen. — Seit der letzten Tagung hat die Kammer zwei Mitglieder, die Herren General-Landchaftsdirektor v. Kamecke-Warmin und Rittergutsbesitzer v. Kuebel-Oberritz durch den Tod verloren. Die Versammlung ebt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. — Der Vorsitzende geht weiter bekannt, daß Herr v. Saldern-Brallentin aus Gumbelitz die koreanische Reise in den Vorstand und in der von ihm vertretenen Kommission niedergelegt habe. Der Vorsitzende spricht Herrn v. Saldern den Dank für die bisher entfaltete rege Thätigkeit aus und schließt die Versammlung mit dem Dank der Mitglieder an.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten berichtet Herr Direktor Cede über die Ausführung früherer Beschlüsse, wobei er sich insbesondere über die Getreidepreisnotierungen der Landwirthschaftskammer verbreitet. An den Notierungen sind jetzt 43 Magistrate und 473 Vertrauensmänner theilhaftig. — Die von der Kammer in Auftrag gebrachte Verlegung der General-Kommission von Frankfurt a. O. nach Stettin hat nicht die Zustimmung des Ministers gefunden. — Vorschläge der Kammer, welche auf eine bessere Gestaltung des Stettiner Volksmarktes abzielen, unterliegen der ministeriellen Entscheidung.

Auf Antrag aus der Versammlung wird beschlossen, denjenigen Ausschussmitgliedern, welche nicht Kammermitglieder sind, die informatorische Theilnahme an den Beratungen zu gestatten.

Es folgt sodann der Bericht über die Beratungen des Ausschusses für Kreditwesen und zwar referirt zunächst Herr Professor Dr. Frommholz über die Beschlüsse betreffend staatliche Maßnahmen zur Entschuldung des Grundbesitzes. Diese gehen dahin: 1. „Es ist zur Zeit auf den Erfolg eines Staatsgesetzes zu verzichten, welches die allgemeine obligatorische Verpfändungsgrenze zur Durchführung bringt.“ 2. „Es ist dahin zu wirken, daß bei der Regelung des Zwangsvollstreckungsverfahrens in höherem Maße als bisher auf die besonderen wirthschaftlichen Verhältnisse des ländlichen Grundbesitzes Rücksicht genommen werde. Insbesondere empfiehlt es sich, neben der Sicherungshypothek als regelmäßige Vollstreckungsmaßregel zunächst die Zwangsverwaltung zu gewähren, die Zwangsversteigerung dagegen in die zweite Linie zu stellen; ferner sind in den Fällen, in denen letztere notwendig wird, die wirthschaftlichen Interessen des Grundeigentümers (bei der Einteilung des Verfahrens, der Anberaumung des Versteigerungstermins, der Feststellung des geringsten Gebotes und der Wiederholung der Exekution) thunlichst zu wahren.“ 3. „Es empfiehlt sich: a) die gesetzliche Einführung des Zuteilnahmeberechtigtes; es er scheint erforderlich, daß entgegenstehende testamentarische Bestimmungen gerichtlich oder notariell zu treffen sind, b) alle Verfügungen dem gesetzlichen Zuteilnahmeberechtigten zu unterwerfen, welche einen Grundsteuer-Vertrag von 20 Talern und mehr haben, c) als Anrechnungswert der Verfügungen bei Theilnahme die landwirtschaftliche Verleihungstage zu bemessen, d) den Auerben ein Vorrecht zu bewilligen, welches 1/4 des Anrechnungswertes nicht übersteigen darf, e) den Miterben Renten zu gewähren, deren Ablösung durch die Uebernahme auf eine Rentenbank ermöglicht wird, f) in allen denjenigen Fällen, in denen der Auerbe die Mitwirkung einer Rentenbank in Anspruch nimmt, das Gut einer Verpfändungsgrenze zu unterwerfen, welche mit der landwirtschaftlichen Verleihungstage zusammenzufallen hat.“

Ueber die Beschlüsse des Ausschusses in Betreff einer anderweitigen Organisation der Landwirthschaft berichten die Herren Rittergutsbesitzer von Herzberg-Rottin und Geh. Justizrath Dr. Hilbrandt-Stettin. Nach längerer lebhafter Debatte werden die Anträge betreffend staatliche Maßnahmen zur Entschuldung des Grundbesitzes unverändert angenommen, dagegen erfahren die Ausschussbeschlüsse über anderweitige Organisation der Landwirthschaft durch Streichungen und Zujüge verschiedene Abänderungen und werden dieselben schließlich in folgender Fassung genehmigt: 1. „Die Angelegenheit betr. Uebernahme der Tagungsprinzipien für die Verleihung des bürgerlichen Weises ist als erledigt zu erachten, da dieselbe zur Zeit eine gründliche Verarbeitung von Seiten der Landwirthschaft erfordert.“ 2. „Es ist die Verschmelzung der beiden pommerschen Landwirthschaften zu erkennen unter der Voraussetzung, daß folgende Bedingungen erfüllt werden: a) Es muß für den bürgerlichen Besitz auf gleichem Wege die Solidarität ausgesprochen werden, in gleicher Weise, wie dieselbe für die alte pommersche Landwirthschaft besteht.“ b) „Es muß ein Ausgleich

33 75 78 361 518 712 34 90 63 **102190** 239 634 715 569 656 720 816 901 4 42 80
32 866 73 913 **103085** 173 **104050** 107 29 83 011 14 **220192** **221217** 37 64 67 355 518 30 76 **977**
362 94 **105445** 702 571 **(45 0000)** 987 **106993** 192 **222142** 51 84 636 61 (200) 720 925 75 **223119** 491
75 256 62 306 413 **107148** 247 364 78 962 **108312** 543 620 54 904 06 **224001** 25 439 83 616 31 71 **110**
957 414 649 77 883 **109157** 484 512 35 73 683 61 901 **225105** (300) 308 50 468 545
901 79
110230 821 22 432 60 806 53 **111011** 51 91 317 22
533 639 739 91 941 **112068** 414 35 656 (200) 72 84